

Worms 2020

Fit für die Zukunft

Handlungsempfehlungen auf Grundlage der
demografischen Entwicklung in Worms

Handlungsempfehlung auf Grundlage der demografischen Entwicklung in Worms
Hrsg. von der
Stadtverwaltung Worms
7 - Stadtentwicklung

in Zusammenarbeit mit:
Büro des Oberbürgermeisters/Kulturkoordination
3 - Sicherheit und Ordnung
4 - Bildung und Sport
5 - Soziales, Jugend und Wohnen
6 - Planen und Bauen
Wohnungsbau GmbH
Polizeidirektion Worms

Bearbeitung
Dipl. Päd. Gundula Wagner
7.01 Stadtentwicklung
August 2007

Worms 2020 - Fit für die Zukunft

Inhalt	Seite
Einleitung	4
I. Die demografische Entwicklung in Worms	5
I.1. Bevölkerungsentwicklung allgemein.....	5
I.2. Natürliche Bevölkerungsentwicklung.....	6
I.3. Wanderungen.....	7
I.4. Altersstruktur.....	8
II. Worms aktiv im demografischen Wandel	11
II.1. Ausgangslage.....	11
II.2. Handlungsfelder.....	12
1. Städtebau, Verkehr, Ver- und Entsorgung.....	12
2. Freizeit, Kultur, Tourismus.....	14
3. Jugend, Familie, Senioren.....	16
4. Bildung.....	18
5. Wohnen.....	19
6 Arbeit und Wirtschaft.....	20
7. Sicherheit.....	22
8. Migration.....	23
II.3. Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission.....	25

Einleitung

Auf Vorschlag von Oberbürgermeister Kissel beschloss der Stadtrat am 13.9.2006 die Einsetzung einer Enquete-Kommission, die sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels in Worms befassen sollte. Der Bereich 7 - Stadtentwicklung wurde mit der Konzeptionierung und Federführung beauftragt. Die folgenden Ausführungen sind das Ergebnis dieser Vorarbeiten und der 6 - monatigen Arbeit der Enquete-Kommission.

Im ersten Abschnitt stellen wir die wichtigsten demografischen Daten für Worms die Bevölkerungsentwicklung von 1969 bis 2006 und die Prognosen für die zukünftige Entwicklung vor. Die Daten, die diesem Bericht zugrunde liegen, stammen vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, von der Bundesagentur für Arbeit, vom Stifterverband Wissenschaftsstatistik, vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH, von der GfK AG, von den städtischen Bereichen 1.01 und 5.01. Es sind Berechnungen der "Aktion demographischer Wandel" der Bertelsmannstiftung und eigene Berechnungen von 7.01.

Im zweiten Teil werden die darauf aufbauenden Ergebnisse der einzelnen Fachkreise mit den daraus resultierenden und von der Enquete-Kommission priorisierten Maßnahmen dargelegt.

I. Die demografische Entwicklung in Worms

I.1. Bevölkerungsentwicklung allgemein

Ende 2006 lebten in Worms 82.460 Einwohnerinnen und Einwohner. Seit 1985 haben wir in Worms ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum. Davor konnten die Wanderungsbewegungen das Geburtendefizit nicht auffangen. Die Bevölkerungszahlen sind seit 1969¹ insgesamt um 4.456 Personen gestiegen.

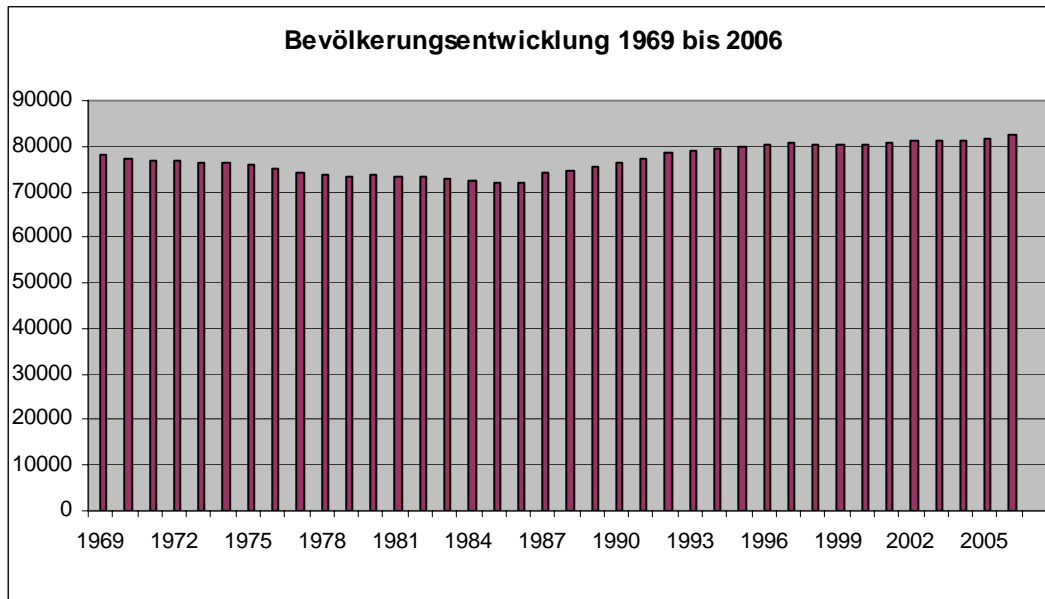


Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Worms seit 1969, Daten Bereich 1.01, Darstellung 7.01 Stadtentwicklung

Der Aufwärtstrend wird sich noch bis 2015 fortsetzen. Danach geht die Zahl der Bevölkerung zurück, aber immer noch auf ein Plus von insgesamt 0,1% gegenüber 2005. Die Bevölkerungszahlen werden also bis 2020 relativ stabil bleiben.

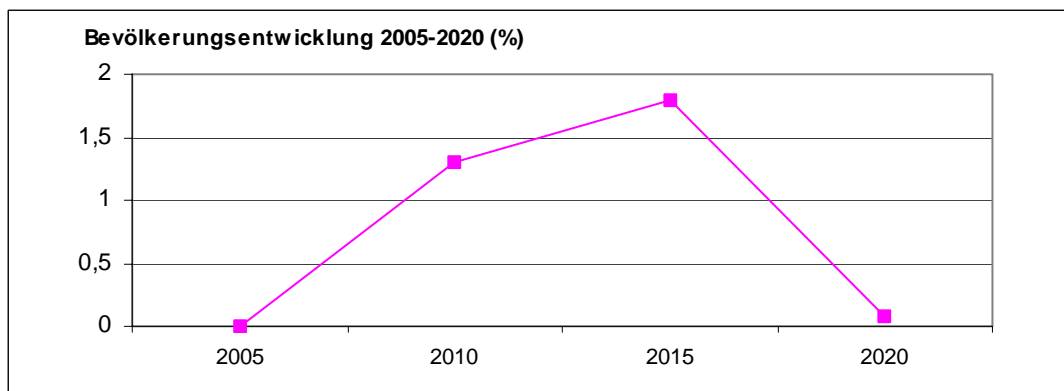


Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Worms bis 2020, Quelle: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH (ies) und Bertelsmannstiftung, Darstellung 7.01 Stadtentwicklung

¹ Berechnung erst ab 1969, da hier die letzten Eingemeindungen stattfanden

I.2. Natürliche Bevölkerungsentwicklung

In Deutschland werden seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren. In Worms ließ sich dieser Trend so nicht beobachten, hier schwankten die Geburtenzahlen seit 1972 jährlich im Bereich zwischen 700 bis 850 Geburten. Seit 1997 gehen sie allerdings auch in Worms kontinuierlich zurück. Von 1969 bis 2005 haben wir ein Geburtendefizit von 5.994 Personen, die weniger geboren wurden als im selben Zeitraum starben.

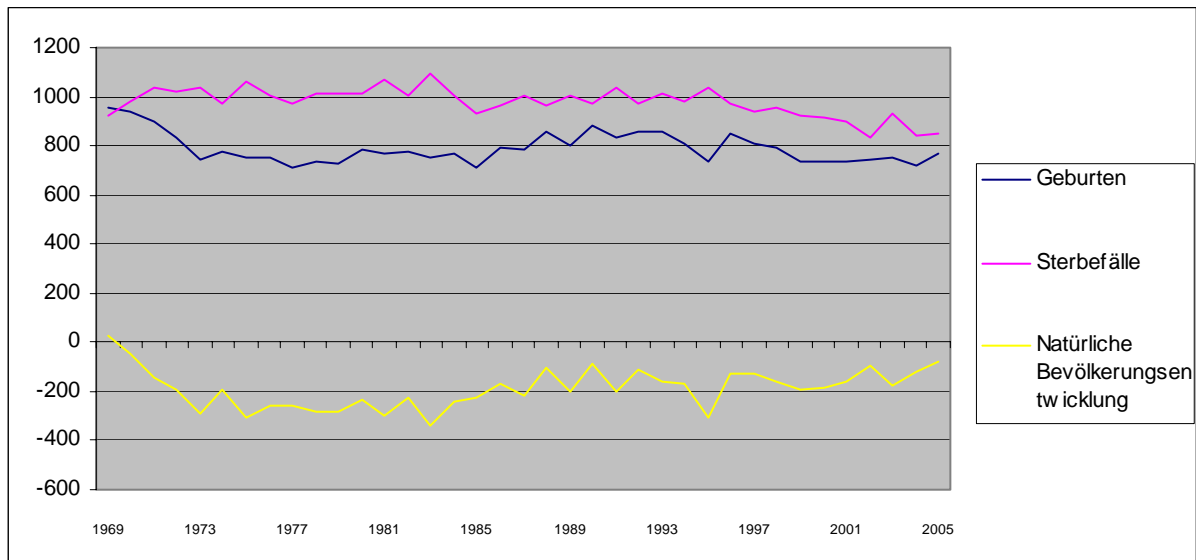


Abbildung 3: Natürliche Bevölkerungsbewegung in Worms 1969-2005, Daten Bereich 1.01, Darstellung Bereich 7.01

Aus Abbildung 3 geht klar hervor, dass wir unseren Bevölkerungsstand durch Geburten alleine nicht halten konnten und können. Waren es 1969 noch 12,2 Kinder pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, sind es 2004 nur noch 9,4. In Worms gehen wir von einer Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau² aus. Das bedeutet, dass pro Generation 30% Kinder weniger geboren werden, als notwendig wären, um eine Generation zahlenmäßig zu ersetzen.

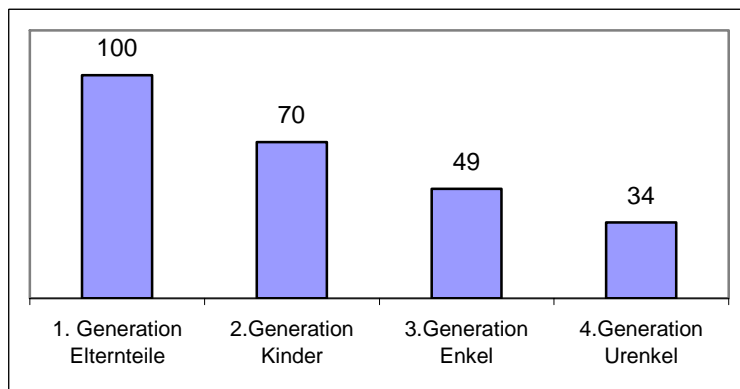


Abbildung 4: Entwicklung der Generationen bei einer Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau, Darstellung Bereich 7.01

Im Vergleich mit den kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz liegt Worms mit seiner Geburtenziffer an 4. Stelle³.

² Statistisches Landesamt, Bertelsmann Stiftung

³ Hinter Neustadt, Speyer und Zweibrücken liegt Worms 4,1% über dem Bundesdurchschnitt von 1,34 Geburten pro Frau (zwischen 15 und 45 Jahren, gemittelter Wert über die Jahre 2000 bis 2003), Quelle: Stat. Landesamt, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH).

I.3. Wanderungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung sind in Worms die Wanderungen entscheidend für die Entwicklung der Einwohnerzahlen. Die Zuzüge fangen seither noch das Geburtendefizit auf. Nach besonders großen Zuwächsen Anfang der 90er Jahre gleicht sich die Anzahl der Zuzüge dem Wegzug von Wormser Bürgerinnen und Bürgern an. Allerdings haben wir immer noch eine positive Wanderungsbilanz und das wird nach den Prognosen zumindest bis 2015 anhalten.

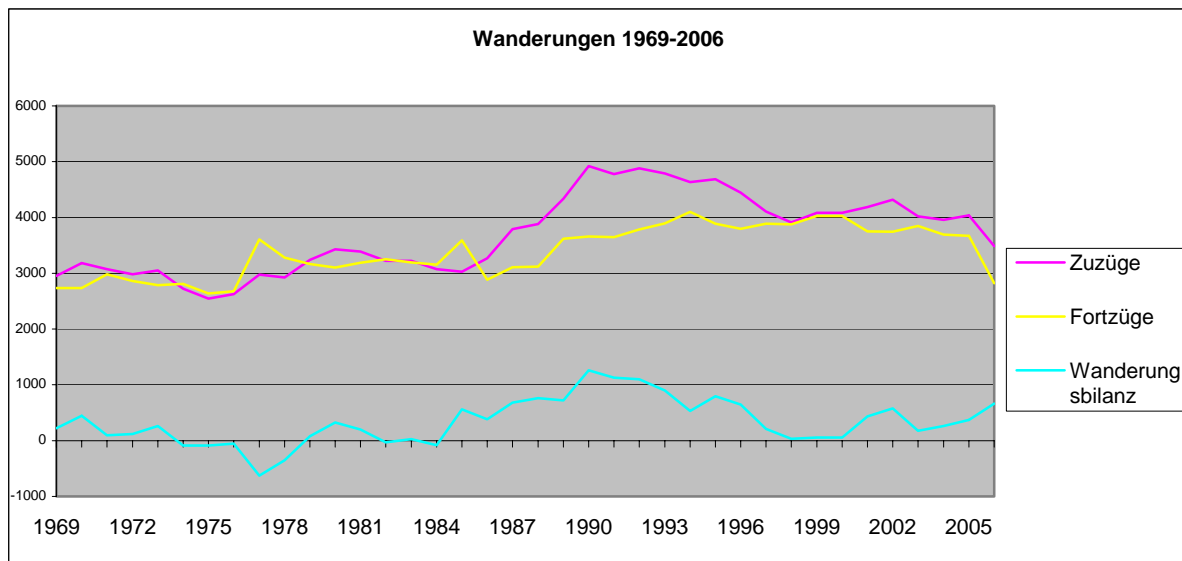


Abbildung 5: Wanderungen in Worms, Daten Bereich 1.01, Darstellung Bereich 7.01

Bilanz für die Wanderungen in den Jahren 2000-2003⁴

1. Familienwanderung (Zu- und Fortzüge der 0-17- und 30-49 - Jährigen)

Hier weist ein positiver Wert auf die Attraktivität der Kommune für Familien hin. Worms liegt bei den kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz an 3. Stelle mit einem Zuzug von 104 Personen in dieser Altersgruppe.

2. Bildungswanderung (Zu- und Fortzüge der 18-24 - Jährigen)

Hier weist ein positiver Wert auf eine Attraktivität der Stadt für Studierende und Auszubildende hin. Worms hat hier einen Zuzug von 136 Personen in dieser Altersgruppe zu verzeichnen. Die Stadt liegt hier zwar im letzten Drittel der o. a. Städte, aber hier haben große Universitäten (wie z.B. Mainz, Trier, Kaiserslautern) auch großen Einfluss auf die jeweilige Quote.

⁴ Quelle: Stat. Landesämter, Bereich 1.01 und Berechnungen von 7.01

I.4. Altersstruktur

Die Altersstruktur einer Stadt ist von entscheidender Bedeutung für ihre Entwicklung. Nicht nur die Zahl der Geburten und Sterbefälle hängen von ihr ab, sondern die infrastrukturelle Versorgung, die wirtschaftliche Entwicklung und der Wohnungsmarkt sind Bereiche, die in einer relativ jungen Stadt andere Bedürfnisse erfüllen als in einer Stadt mit hohem Altersdurchschnitt. Worms liegt mit einem Durchschnittsalter von 41,5 Jahren an 2. Stelle der kreisfreien Städte hinter Mainz (41,2 Jahre). Damit hat Worms auch im bundesweiten Vergleich eine relativ junge Bevölkerung. In Rheinland-Pfalz beträgt das Durchschnittsalter 41,6 Jahre und im Bundesgebiet 41,8 Jahre⁵.

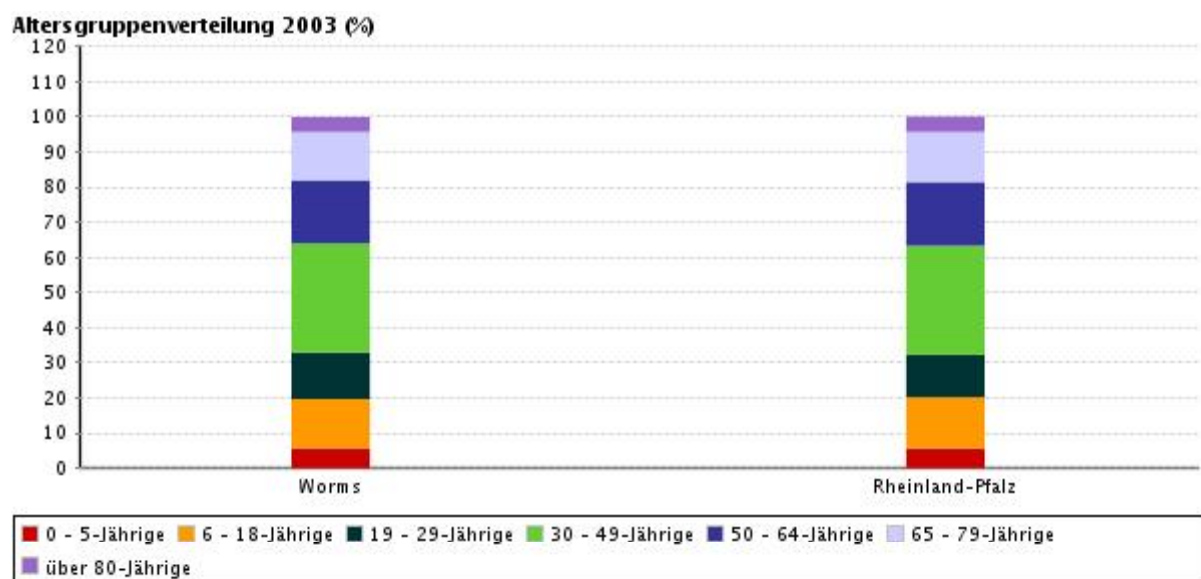


Abbildung 6: Altersstruktur in Worms 2003, Quelle: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH (ies), Berechnungen der Bertelsmann Stiftung

Beim Vergleich der Altersgruppenverteilung in Worms mit der des Landes ergaben sich keine signifikanten Unterschiede. Dass Worms im Landesvergleich der kreisfreien Städte in der Altersstruktur eher jünger ist, zeigt sich am Anteil der unter 18-Jährigen, hier lag Worms mit 18,7% an erster Stelle. Über 60-Jährige hatte Worms weniger als die anderen Städte im Land, hier lag Worms mit insgesamt 24,1% im hinteren Feld⁶.

⁵ Quelle: Stat. Landesamt, Arithmetisches Mittel der Alterswerte 2003

⁶ Quelle: Stat. Landesamt, Stand 2003

Aufgrund der derzeitigen Altersstruktur, der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungsbewegungen wird für Worms bis zum Jahr 2020 ein Durchschnittsalter von 45,1 Jahren prognostiziert⁷.

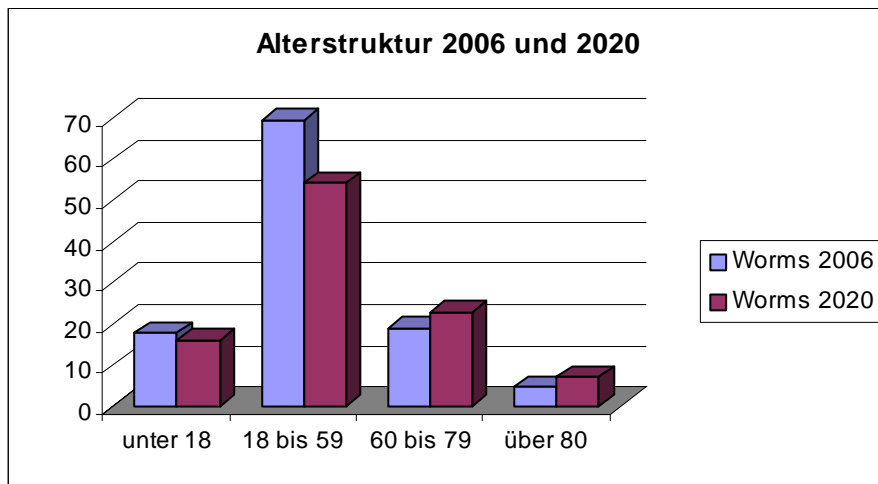


Abbildung 7: Altersstruktur von Worms 2006 und 2020, Daten: Stat. Landesamt, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung und Bereich 1.01, Darstellung Bereich 7.01

Die zunehmende Alterung erfasst auch Worms. Die Zahl der jungen Menschen unter 18 Jahren geht auf 16,1% zurück, die Zahl der Älteren steigt auf 29,8%. In Zahlen ausgedrückt heißt das, bis zum Jahr 2020 hat Worms 1.900 Kinder weniger und 5.000 Ältere mehr als noch im Jahr 2003. Nach 2020 wird die Gruppe der geburtenstarken Jahrgänge in die Gruppe der älteren und hochbetagten Menschen hineinwachsen. Dies wird die Altersstruktur noch weiter zu Gunsten der Älteren verschieben.

Entwicklung der Altersgruppen von 2003 bis 2020

Altersgruppe	2003		2020		Veränderungen	
	absolut	in % der Bevölkerung	absolut	in % der Bevölkerung	absolut	in %
0 bis 17	15.166	18,7%	13.265	16,1%	-1.900	-12,5%
18 bis 59	46.442	57,2%	44.577	54,1%	-1.865	-4%
60 bis 79	16.058	19,8%	18.787	22,8%	+2.729	+17%
80 und älter	3.487	4,3%	5.768	7%	+2.280	+65,4%
Gesamtbevölkerung	81.193		82.398		+1.205	+1,6%

Quelle: Stat. Landesamt, Bereich 1.01, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung und eigene Berechnungen

Immer weniger Kinder und immer mehr Seniorinnen und Senioren benötigen ein für sie spezifisches Angebot der Versorgung mit sozialer Infrastruktur, mit Einkaufsmöglichkeiten, mit kulturellen und Freizeitangeboten. Besonders der starke Anstieg bei den Hochbetagten⁸ gibt Hinweise auf die Anforderungen an die soziale Infrastruktur, denn die Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmendem Alter. Es kommen hier veränderte ÖPNV-Bedürfnisse zum tragen und

⁷ Quelle: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH

⁸ Im Jahr 2020 wird es 2.280 mehr über 80-Jährige geben als noch 2003

im Alter ist zudem mit sinkender Konsumneigung zu rechnen. Dies wird Folgen für den Einzelhandel nach sich ziehen.

Die Altersgruppe zwischen 18 und 59 Jahren wird bis 2020 auf 54,1% der Bevölkerung sinken, das bedeutet eine Abnahme um 1.865 Personen. Diese Altersgruppe, als wesentlicher Träger der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, ist zuständig für die Versorgung sowohl der Kinder und Jugendlichen, als auch der alten Menschen. Darüber hinaus ist diese Lebensphase auch die der Existenzgründungen, der Familiengründung und der Eigentumbildung. Eine Abnahme dieser Gruppe bedeutet weniger Innovationspotential, weniger Steueraufkommen und einen Rückgang junger qualifizierter Arbeitskräfte.

Der Anstieg der Gruppe der "jungen Alten" zwischen 60 und 79 Jahren bedeutet einerseits den Ausbau altersspezifischer Infrastrukturangebote, diese Gruppe ist aber andererseits nach dem Berufsaustritt noch sehr aktiv. Das bietet ein hohes Potential für ehrenamtliches Engagement in den unterschiedlichsten Bereichen wie z. B. Berufspaten, Unterstützung bei Firmengründungen, Ersatzomas/-opas und vieles mehr.

II. Worms aktiv im demografischen Wandel

Die in den vorherigen Kapiteln beschriebenen Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten waren der Anlass für ein ressortübergreifendes Projekt der Stadt Worms.

Der Bereich Stadtentwicklung wurde beauftragt, sich mit der demografischen Entwicklung in Worms zu befassen und eine Untersuchungskommission zu diesem Thema zu bilden. Dazu wurden die folgenden sieben Fachkreise eingesetzt, die sich jeweils in ihrem Gebiet mit den Auswirkungen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Worms befassen sollten:

1. Soziales
2. Sicherheit und Ordnung
3. Bildung und Qualifizierung
4. Wohnen
5. Wirtschaft und Arbeit
6. Attraktivität der Stadt
7. Räumliche Strukturveränderung und technische Infrastruktur

Im November 2006 gab es eine Auftaktveranstaltung, in der erläutert wurde, wie sich der demografische Wandel in Worms auswirken wird. Hier stellten sich die Fachkreisleitungen mit ihren Themen der Öffentlichkeit vor. Im Anschluss an diese sehr gut besuchte Veranstaltung hatten die Wormser BürgerInnen Gelegenheit, ihre Vorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse für die Zukunft schriftlich und mündlich zu äußern. Die Fachkreisleitungen nahmen diese entgegen und verwendeten sie für ihre weitere Arbeit.

Im Dezember konstituierte sich unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die Enquete-Kommission "Demografischer Wandel", bestehend aus dem Stadtvorstand, FraktionsvertreterInnen, den Fachkreisleitungen, der Gleichstellungsbeauftragten, VertreterInnen von Seniorenbeirat, Jugendparlament und Ausländerbeirat unter Federführung des Bereiches Stadtentwicklung. Diese Kommission bewertete und priorisierte die erarbeiteten Ergebnisse und Maßnahmen der einzelnen Fachkreise.

II.1. Ausgangslage

Für alle Fachkreise galt folgende Ausgangslage:

Zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Worms unter den heutigen Bedingungen

1. Bis 2015 Bevölkerungszuwächse durch Wanderungsgewinne.
2. Ab 2015 Abnahme der Bevölkerungszahlen durch Wanderungsverluste und Geburtenrückgänge.
3. Bis 2020 Bevölkerungszahlen wie 2005.
4. 2020: Weniger Kinder und Jugendliche, weniger Erwachsene im Berufstätigenalter, mehr Senioren und Hochbetagte.

Gewünschte zukünftige Bevölkerungsentwicklung

1. Über 2015 hinaus: Bevölkerungszuwächse z.B. durch Wanderungsgewinne und höhere Geburtenraten.
2. Über 2020 hinaus stabile Bevölkerungszahlen auf heutigem Niveau.

II.2. Handlungsfelder

Das nachfolgende Kapitel enthält die Zusammenfassung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen. Inhaltlich entsprechen sie den Ergebnissen der Arbeit der Fachkreise⁹. Da es etliche Überschneidungen in den gefundenen Handlungsnotwendigkeiten gegeben hat, werden die erarbeiteten Empfehlungen hier zusammengefasst nach Themengebieten dargestellt. Die ausführlichen Versionen können den Abschlussberichten¹⁰ der einzelnen Fachkreise, die nicht immer identisch mit den hier aufgeführten Themengebieten sind, entnommen werden.

II.2.1. Städtebau, Verkehr, Ver- und Entsorgung

Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels erfährt dieses städtebauliche Entwicklungsziel, das auch bisher Grundlage des Handelns der Stadt Worms war und ursprünglich zum sparsamen und schonenden Umgang mit Boden formuliert wurde, eine weitere Begründung. Durch die Stärkung kompakter Siedlungsformen werden nicht nur natürliche Ressourcen geschont, sondern es wird auch rechtzeitig auf den prognostizierten demographischen Wandel angemessen reagiert. Unnötiger Verkehr wird vermieden, lineare Infrastrukturelemente werden bei stagnierender Bevölkerung nicht vergrößert und können dadurch wirtschaftlicher betrieben werden, punktuelle Infrastruktureinrichtungen sind leichter erreichbar.

Sicherung der Erreichbarkeit: Hierbei geht es um die Erreichbarkeit der städtischen Funktionen wie Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung, Kultur, Freizeit für möglichst alle Bevölkerungsgruppen, d. h. die Erreichbarkeit mit den verschiedenen Verkehrsmitteln des Individualverkehrs (Fuß, Rad, Auto) und des öffentlichen Verkehrs. Die zu erwartende Zunahme von SeniorInnen und Frauen als VerkehrsteilnehmerInnen lässt jedoch eine einfache Prognose hinsichtlich der künftigen Verkehrsmittelwahl nicht zu. Es ist aber davon auszugehen, dass die Stärkung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes und die gleichzeitige Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs auf den notwendigen Verkehr - wie im Verkehrskonzept vorgesehen - insbesondere diesen Bevölkerungsgruppen zugute kommt und gleichzeitig die angemessene Antwort auf die mögliche Veränderung in der Verkehrsverteilung (Stichworte: Wegeketten und Binnenverkehr) darstellt.

⁹ Zum Teil sind sie wörtlich aus den Abschlussberichten übernommen, zum Teil redaktionell dem Text angepasst.

¹⁰ Die Abschlussberichte sind bei 7.01 oder den jeweiligen Fachkreisleitungen erhältlich.

Stärkung der zentralen Bereiche: Neben der Wiederbelebung brachgefallener Bereiche dient im Rahmen der Innenentwicklung die Stärkung der zentralen Bereiche (Innenstadt und Stadtteilzentren) der Bewältigung des demographischen Wandels. Dieses Ziel bestätigt die bereits erarbeiteten Stadtentwicklungskonzepte, insbesondere das Innenstadtkonzept, sowie die Notwendigkeit zur Aufwertung der zentralen öffentlichen Bereiche einschließlich des Rheinuferes. Die Erreichbarkeit zentralörtlicher Angebote sowohl im privaten (z. B. Handel) als auch im öffentlichen Bereich (z. B. Kultur, Bildung) kann am einfachsten in zentraler Lage sichergestellt werden. Einfache Wege, aber insbesondere Wegeketten, können dann problemlos erledigt werden. Insbesondere hier zeigen sich die Vorteile gut ausgestatteter zentraler Bereiche, wovon verstärkt insbesondere Jugendliche, Frauen und Senioren profitieren. Die Stärkung der zentralen Bereiche ist auch Voraussetzung für einen langfristig tragfähigen ÖPNV.

Stabilisierung und Weiterentwicklung tragfähiger Einheiten: Tragfähige Einheiten für die technische Infrastruktur sind die Voraussetzung zum wirtschaftlichen Betrieb dieser Einrichtungen. Dies gilt sowohl für punktuelle (z. B. Sportstätten) als auch lineare Infrastruktureinrichtungen (z. B. ÖPNV-Linien, Leitungsnetze). Die Schaffung oder Stärkung nicht tragfähiger Einheiten löst wirtschaftlich nicht zu bewältigende Folgekosten aus.

Qualität vor Quantität: Auf der Basis der vier vorangegangenen Thesen sollte die angemessene Reaktion auf den demographischen Wandel das Vermeiden einer räumlichen Ausdehnung des Netzes der Infrastruktureinrichtungen und der Siedlungsflächen im Außenbereich sein. Dies ist bei allen raumrelevanten Entscheidungen (z. B. Flächenausweisungen im Flächennutzungsplan) zu berücksichtigen. Um im Wettbewerb der Kommunen untereinander bestehen zu können – und hierbei werden nicht die wachsenden Bevölkerungsgruppen verstärkt umworben werden, sondern insbesondere die schrumpfende Gruppe der Erwerbstätigen – müssen deswegen in erster Linie qualitative Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur, des Bauflächenangebots, der öffentlichen Räume und der gesamten Stadtstruktur erreicht werden.

Die Empfehlungen

ÖPNV: Die Abnahme des Schülerverkehrs und des Schwerbehindertenverkehrs bis 2010, die tendenzielle Zunahme des Seniorenverkehrs, verstärkt frauenspezifische Anforderungen an den ÖPNV und unklare Finanzierung ab 2012 müssen bei der Erarbeitung des Nahverkehrsplanes 2008 berücksichtigt werden. ÖPNV-Verbindungen insbesondere zur Stadtmitte und zum Bildungszentrum sollten verstärkt im Blickfeld stehen. Der städtische ÖPNV kann auch künftig über die bestehende Infrastruktur abgewickelt werden, dies geschieht über die kontinuierliche Umsetzung des fortgeschriebenen Verkehrskonzeptes. Der notwendigen Steigerung der Attraktivität des ÖPNV wird insbesondere wegen der steigenden Nutzung durch SeniorInnen bereits Rechnung getragen mit der barrierefreien Gestaltung der Einstiege (Niederflurbusse, Haltestellengestaltung), die künftig ausgeweitet werden soll. Ein S-Bahn-Halt im Wormser Norden („Am Fahrweg“) könnte die Attraktivität für die Wirtschaft steigern.

Individualverkehr: Trotz des demografischen Wandels ist u.a. wegen der höheren Mobilität von SeniorInnen und Frauen mit einer Zunahme des Individualverkehrs um ca. 25% bis 2020 zu rechnen. Das Verkehrskonzept berücksichtigt bereits die verschiedenen Notwendigkeiten, die sich durch den demografischen Wandel ergeben und muss weiterhin kontinuierlich umgesetzt und qualitativ weiterentwickelt werden. Dies gilt für den PKW und den LKW-Verkehr, aber auch für den Rad- und Fußgängerverkehr, hier insbesondere mit dem Ziel, älteren Menschen länger die Teilnahme am Verkehr zu ermöglichen. Die Verbesserung der Verkehrsanbindung, insbesondere der Bau der 2. Rheinbrücke einschließlich deren Anschlüsse, der Bau der Südumgehung B 47, der 4-spurige Ausbau der B 9 Worms Nord und die Verlängerung der Krankenhaustangente sind notwendige Voraussetzungen zur Stabilisierung des Standortes.

Versorgung (Gas, Wasser, Strom): Netzplanung und Ausbau können flexibel auf demografische Veränderungen reagieren. Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik ist es, den Netzzumfang bei stagnierender Bevölkerung nicht mit der Ausweisung von neuen Bauflächen überproportional wachsen zu lassen.

Entsorgung (Abwasser, Abfall): Hier ist allgemein eine Ausweitung von Kooperationen erforderlich. Die Stadt kooperiert bereits mit 7 Städten und Landkreisen bei der Abfallentsorgung und mit den Umlandgemeinden bei der Abwasserwirtschaft. Es wird empfohlen, mit potentiellen Kooperationspartnern einen informellen ständigen Austausch zu pflegen. Beim Abwasser muss der Generalentwässerungsplan kontinuierlich weiter umgesetzt werden. Die Leistungsfähigkeit der Kläranlage ist auf dem Stand der Technik, über zukünftig höhere Belastungen (z. B. durch Arzneimittel) kann noch keine Aussage getroffen werden. Die Tendenz zu kleineren Haushalten mit mehr Wohnfläche pro Person könnte bei Ausweisung neuer Baugebiete mehr versiegelte Fläche bei stagnierender Bevölkerungszahl bedeuten und so die Hochwassergefahr erhöhen. Die politischen Entscheidungsträger müssen bei der Ausweisung neuer Baugebiete auf diese Konsequenzen hingewiesen werden. Auch hier wird durch die Stärkung der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung Vorsorge getroffen. Auf Verkleinerung der Haushalte, erhöhte Serviceansprüche Älterer und evtl. geändertes Müllverhalten sowie eine Ausdehnung der Straßenreinigung kann der EBWO flexibel reagieren.

Städtebauliche Planung: Die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes mit dem Schwerpunkt Innenentwicklung vor Außenentwicklung ist notwendige Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels. Dies gilt im gleichen Maße für die kontinuierliche Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes wie Innenstadtkonzept, Verkehrskonzept und Rahmenplanung Rheinufer mit dem Schwerpunkt der qualitativen Verbesserung.

II.2.2. Freizeit, Kultur, Tourismus

Außer der veränderten Altersstruktur sind für die Attraktivität von Worms das besondere Verhältnis von Stadt und Umland sowie die Nähe zu zwei Metropolregionen von Bedeutung. Darüber hinaus kann man sowohl bei den Bürger/innen als auch den Besucher/innen der Stadt und ihrer Angebote immer weniger von großen, kulturell einheitlich denkenden und handelnden Gruppen

ausgehen. Die Interessen differenzieren sich immer mehr in unterschiedliche Lebensstile und dazugehörige Szenen. Gleichzeitig bleibt die Aufgabe, die Urbanität durch zentrale Angebote und Einrichtungen, sozusagen als soziokulturelle Marktplätze, zu erhalten, auch um eine Begegnung der Gruppen und Szenen zu ermöglichen. Nicht nur im interkulturellen Bereich, sondern auch bei den Generationen haben sich zunehmend typische Kulturstile herausgebildet, die für die Planung von Programmen und Konzeptionen bis 2020 von Bedeutung sind. Zunehmend spielt auch das Ambiente im Bereich Tourismus eine große Rolle (Stadtbild, Gastronomie, Shopping etc.).

Die Empfehlungen

Kultur- und Freizeitinstitutionen: Einen Angebotsschwerpunkt für Ältere entsteht durch die Zunahme an Menschen über 50 Jahre in Verbindung mit dem bestehenden Publikumsschwerpunkt auf Menschen über 40 Jahre. Die Abnahme junger Menschen erfordert eine von Umfang und Angebot gezielte Nachwuchsarbeit. Die sehr unterschiedlichen Ansprüche der verschiedenen Alters-, Bildungs- und Kulturgruppen machen eine fortschreibende Entwicklungsplanungen von Institutionen und größeren Projekten notwendig. Beispielhaft genannt sei die Sportstättenleitplanung. Da die Auslastung der Sportstätten zurück geht, werden Kooperationen und Fusionen von Vereinen notwendig. Dies muss über Publikums- und Kundenbefragungen und daraus resultierende Anpassungen der mittelfristigen Ziele erfolgen. Ebenso notwendig wie eine Programm- und Planungsbeteiligung ist ein Marketing, das sich an nach Institutionen und Projekten definierten Zielgruppen und Einzugsgebieten orientiert. Eine zunehmende Nachfrage nach dezentralen Angeboten ist nur durch Kooperationen mit dem Ehrenamt, bzw. einem bürgerschaftlichen Engagement möglich. Auch die Veränderungen im Vereinswesen (stärkere Projektorientierung des Ehrenamts, weniger Interesse an dauerhafter Organisationsarbeit) führen dazu, dass sich eine sinnvolle Mischung von Haupt- und Ehrenamt entwickeln muss. Insgesamt wird ein höherer Aufwand an Kommunikation, Koordination, Planung und Vermittlung zur Erhöhung der Bürgerbeteiligung entstehen.

Imagebildung: Eine Studie zu Interessen und Wünschen der FH-StudentInnen gegenüber Worms könnte die Möglichkeiten verbessern, Studierende langfristig an Worms zu binden. Die Überprüfung einer stärkeren Marketingorientierung Richtung Norden und Westen, je nach Marktsegment, ein Arbeitsmarktkonzept zur Fortbildung in Richtung Serviceorientierung und die Festlegung, bzw. Entwicklung eines touristischen Viertels sind geeignete Maßnahmen. Auch eine Imagekampagne für WormserInnen (Binnenmarketing "Wir für Worms") kann wesentlich zur Attraktivität unserer Stadt beitragen.

Zuzug: Empfohlen wird die Einrichtung einer Kontaktstelle für NeubürgerInnen und zur Kontaktpflege mit der Altersgruppe über 20 (deren Ausbildung außerhalb stattfindet).

II.2.3. Jugend, Familien, SeniorInnen

Einfluss auf die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen hat zum einen die soziale Lage allgemein: Die Einkommenshomogenität ist in Worms zwar die höchste im Städtevergleich Rheinland-Pfalz¹¹, jedoch immer noch so niedrig, dass eine hohe soziale Heterogenität gegeben ist. Worms hat einen hohen Anteil an Haushalten mit niedrigem Einkommen (31%) und einen niedrigen Anteil mit hohem Einkommen (6,3%). Bei einer Sozialhilfequote von 4%¹² der Bevölkerung liegt Worms im unteren Drittel der rheinland-pfälzischen Städte. Gravierender sind die Zahlen der Kinderarmut: 8,3% aller Kinder unter 18 Jahren erhielten 2004 Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Die Zukunftschancen dieser Kinder sind erwiesenermaßen eingeschränkt, hier besteht Handlungsbedarf.

Ein wichtiger Punkt ist auch die sinkende Kinderzahl, die nicht unbedingt eine sinkende Nachfrage nach schulischer und vorschulischer Infrastruktur zur Folge hat. 2010 wird ein Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab 2 Jahren gültig und die Nachfrage nach Ganztagesbetreuung für Kinder berufstätiger Eltern wird steigen.

Und nicht zuletzt der Anstieg der älteren und hochbetagten Bevölkerungsgruppen um ein Viertel, mit dem auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Worms ansteigt. Die Auswertungen des Statistischen Landesamtes gehen für Worms von einer Steigerung pflegebedürftiger Menschen vom Basisjahr 2000 gesehen bis 2015 um 21,7 % aus. Dies bedeutet rund 350 pflegebedürftige Menschen mehr in 2015.

Es ist zu berücksichtigen, dass SeniorInnen keine homogene Gruppe darstellen, sondern Menschen mit ganz unterschiedlichen Biographien, Lebens- und Berufserfahrungen und Interessen sind und damit verbunden auch über ganz unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, sich beispielsweise gesellschaftlich zu engagieren oder notwendige Hilfeleistungen für sich einzufordern. Auch löst nicht ein bestimmtes Lebensalter per se schon einen bestimmten Unterstützungs- oder Hilfebedarf aus, maßgebend ist vielmehr immer die jeweilige individuelle Lebenssituation.

Die Empfehlungen

Soziale Infrastruktur für SeniorInnen: Um möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben zu können, ist es notwendig, Dienstleistungs- und Unterstützungsangebote auf- und auszubauen (z. B. Dienstleistungstauschbörse, Haushaltsassistenten, Erweiterung des Angebots der BusbegleiterInnen, eine Entwicklung oder Anstoß von generationsübergreifenden Projekten gemeinsam durch Seniorenbüro und Kinder- und Jugendbüro). Zur Verhinderung von Vereinsamung und zur Steigerung der Attraktivität unserer Stadt für SeniorInnen ist im Kultur- und Freizeitbereich der Ausbau der Angebote des Seniorenbüros und die Unterstützung der Angebotsentwicklung bei Bedarf von Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern, ehrenamtlichen Organisationen und anderen zu empfehlen, ebenso wie weitere Informationsvernetzung über bereits bestehende und neue Angebote durch

¹¹ Je höher dieser Wert an 100 liegt, desto stabiler ist die soziale Homogenität, in Worms liegt er bei 63,9%. Quellen: GfK AG, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH.

¹² Quelle: Bereich 5.01, Stand 31.12.2004, Anteil der HLU-EmpfängerInnen

das Seniorenbüro und darüber hinaus die Stärkung der ehrenamtlichen Aktivitäten. Da Angehörige unterprivilegierter sozialer Schichten im Alter in höherem Maße von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen sind als Angehörige höherer sozialer Schichten werden über die vorhandenen dezentralen Strukturen (Stadtteilbüros) gezielt Zugänge auch zum Thema Pflege geschaffen und Forderungen nach flexibleren Angeboten in der Pflege werden in die Regionale Pflegekonferenz sowie in die kommunale Pflegestrukturplanung mit eingebracht¹³.

Familien: Zur Unterstützung und Entlastung von Familien sollte es eine bedarfsorientierte Ausweitung der Hausaufgabenhilfe geben. Generell wird die Notwendigkeit gesehen, die Angebote des Ferienkalenders über den Stadtjugendring auszubauen und zu fördern sowie mehr qualifizierte Freizeitangebote vorzuhalten. Auch die Zusammenführung der Angebote freier Träger in der Kinderbetreuung wird als hilfreich angesehen. Für Familien sollten Möglichkeiten der Bewertung von Familienangeboten geschaffen werden, um so eine Optimierung des Angebots zu erreichen. Ein weiteres besonderes Augenmerk ist auf sogenannte bildungsferne Familien und Familien mit niedrigem Einkommen zu richten. Auch im Bereich der Förderung von Familien sind die ehrenamtlichen Aktivitäten zu fördern und zu unterstützen; denkbar ist z. B. der Einsatz von ehrenamtlichen Familien-/Jugendpaten, die ihre bisherigen Lebens- und Berufserfahrungen und ihre erworbenen Kompetenzen mit einbringen können. Die Informationen über familienfreundliche Maßnahmen generell sind zu verbessern (z. B. über Angebote, Hilfsmöglichkeiten bei Geburt des ersten Kindes), die Öffentlichkeit ist aber auch dafür zu sensibilisieren, was es bereits an Möglichkeiten gibt. Dabei sollten nicht nur Neue Medien genutzt werden, sondern auch in Papierform sind weitere Informationen vorzuhalten. Die Elternbeteiligung sollte in vielfältiger Form in allen Bereichen (Kindertageseinrichtungen, Schulen) verbessert und unterstützt werden, um zum einen die Wirksamkeit bestimmter Angebote zu verbessern, Eltern aber in ihren Aufgaben stärker als bisher z. B. auch in ihrer Erziehungskompetenz zu unterstützen.

Kinder, Jugendliche: Als Zukunftsträger sollten Kinder und Jugendliche an Entscheidungsprozessen bei allen Themen auch außerhalb des Jugendparlaments verstärkt beteiligt und gefördert werden. Für die Umsetzung von jugendkulturellen Veranstaltungen und Aktionen sollten konkrete Hilfestellungen (Räume, Beratung, evtl. finanzielle und personelle Unterstützung) bereit gestellt werden. Die aufsuchende Arbeit, vor allem in Bezug auf die Jugendberufshilfen und im Rahmen der präventiven Arbeit, ist zu verstärken. Es gibt für Kinder ab ca. 12/13 Jahren nur noch sehr wenige Angebote bzw. für sie geeignete Treffpunkte, wo sie ihren Interessen nachgehen können. Hier sind die bereits jetzt bestehenden Ansätze im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit weiter zu entwickeln und bedarfsorientiert auszubauen (stadtteilbezogene Jugendtreffs, Orte/Plätze für Jugendliche ohne „Anforderungen“, Ausbau Schulsozialarbeit etc.). Der Kindertagesstättenbedarfsplan und die Jugendhilfeplanung müssen weiter umgesetzt und bedarfsorientiert fortgeschrieben werden.

¹³ Diese Maßnahmen konnten ohne großen Aufwand direkt umgesetzt werden.

II.2.4. Bildung

Das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau ist in Worms eher unterdurchschnittlich. Beim Anteil der Hochqualifizierten am Arbeits- bzw. Wohnort liegt die Stadt auf den Plätzen 10 und 8¹⁴ der 11 kreisfreien Städte, bei dem Anteil der SchulabgängerInnen mit Hochschulreife ebenfalls auf Platz 10¹⁵. Hier könnte in Bezug auf die Attraktivität des Wohnortes für Hochqualifizierte und in Bezug auf hochwertige Arbeitsplätze noch Einiges getan werden. Auch der Anteil der SchulabgängerInnen ohne Abschluss ist mit 9,1% relativ hoch im Vergleich zu den anderen Städten¹⁶, liegt jedoch im Landesdurchschnitt. Dieser Indikator kann auf soziale Probleme, notwendige Präventions- und Fördermaßnahmen hindeuten. Die Gestaltung der Schullandschaft hängt jedoch nicht nur von Schülerzahlprognosen, sondern auch von schulpolitischen Entscheidungen des Landes ab.

Faktoren, die in der Zukunft immer wichtiger werden, sind ein hoher Armutsanteil bei Kindern, ein hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund und steigende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus erfordert es lebenslange Bildung und Fortbildung, um den Herausforderungen auch im Alter gewachsen zu sein und Qualifikationen zu erhalten und zu verbessern. Es wird mehr ältere Menschen und mehr MigrantInnen geben. Dies und der zu erwartende Fachkräftemangel bestimmen die Ausgangslage.

Die Empfehlungen

Schulen: Es wird empfohlen weitere Ganztagsangebots, insbesondere auch im Grundschulbereich einzurichten. Eine Sozialregelung für die Teilnahme am Mittagessen sollte geschaffen werden. Gewaltprävention und Schulsozialarbeit sollten intensiviert werden und die Arbeitsleistung der SchulsekretärInnen muss Anerkennung finden. Der Schulentwicklungsplan sollte kontinuierlich fortgeschrieben werden. Ein Sanierungskonzept für Schulgebäude und Anlagen ist notwendig und der Schulträger muss sich aktiv in den neu installierten Qualitätssicherungsprozess der Schulen mit einbringen.

Weiterbildung, Erwachsenenbildung: Ziel sollte der weitere Ausbau der Volkshochschule als Weiterbildungseinrichtung der Stadt Worms für Maßnahmen der Integration, der "zweiten und dritten Chance" (für Menschen, die ihre erste Ausbildungschance verpasst haben), für "Bildung von Anfang an" und "lebenslanges Lernen" sein. Hierzu sollten die Räumlichkeiten der VHS an einem zentrumsnahen Standort, für alle gut erreichbar, barrierefrei zusammengeführt werden und die notwendigen personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Sprachschulung als Grundlage für gelungenes Lernen und als Unterstützung des Integrationsprozesses sowie Angebote zur Gesundheitsvorsorge sollten intensiviert werden. Eine Elternschule sollte als Vorbereitung und Begleitung der Kindererziehung in die Erwachsenenbildung mit aufgenommen werden. Wünschenswert wäre auch die Einrichtung einer Kinderbetreuung für die KursteilnehmerInnen. Weiterhin müssen die Pläne zum zeitgemäßen Umbau der Stadtbibliothek umgesetzt werden.

¹⁴ Bundesagentur für Arbeit, 30.06.2003

¹⁵ Statistisches Landesamt, 26,1% der Schulabgängerinnen und Schulabgängern

¹⁶ Worms liegt hier auf Platz 6 der kreisfreien Städte in RLP

Kulturelle Bildung: Die Abnahme junger Menschen bedeutet eine von Umfang und Angebot gezielte Nachwuchsarbeit, z. B. in der kulturellen Bildung, im Erlernen von Kulturtechniken, um eine bessere Integration auch benachteiligter Gruppen zu gewährleisten.

II.2.5. Wohnen

Der gesellschaftliche Wandel der vergangenen Jahre führte zu verschiedenen Entwicklungstendenzen, die in Teilen auch zu Änderungen in der Wohnraumnachfrage führen. Anzuführen sind hier beispielsweise die von Arbeitnehmern geforderte Mobilität und Flexibilität, die eine steigende Nachfrage nach Zweitwohnungen für BerufspendlerInnen bedingen oder neue Formen von Lebensgemeinschaften, deren PartnerInnen in verschiedenen Wohnungen leben. Ebenso der Anstieg der Zahl der Kleinhaushalte (Ein- und Zwei-Personen-Haushalte) und der Seniorenhaushalte mit spezifischen Ansprüchen. Auch die steigende Zahl von Alleinerziehenden und „Wochenendelternteilen“ bedingen ein geändertes Nachfrageverhalten (Nachfrage nach zusätzlichen Räumen für „Wochenendkinder“). Die früheren Aussagen „ein Haushalt - eine Wohnung“ und „ein Raum je Person“ sind so nicht mehr anwendbar. Eine direkte Umsetzung der Bevölkerungsprognose in eine Haushaltsprognose ist deshalb so nicht möglich.

Bis 2020 wird in Worms mit einem weiteren Anstieg der Haushalte und somit einer steigenden Nachfrage nach Wohnraum und mit einer vermehrten Nachfrage nach Wohnungen für kleine Haushalte gerechnet. Mehr Ältere, mehr Ärmere, mehr Menschen mit Migrationshintergrund haben gezielte Bedürfnisse an zukünftigen Wohnraum, dazu kommt eine immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich.

Die Empfehlungen:

Information und Sensibilisierung der Bevölkerung: Informationen über angebotene technische Möglichkeiten zur barrierearmen bzw. –freien Gestaltung von Wohnungen und zu alternativen Wohnformen müssen über verschiedene Kanäle an die Bevölkerung herangetragen werden. Möglichkeiten wären Anzeigen und Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Informationsstände, eine zentrale Informationsstelle (ständiges Büro oder Ausstellungsräume), Informationsbroschüren, bei den künftigen Ausgaben den Wormser Mietspiegels eine Spalte „seniorengerechte“ bzw. „barrierearme Wohnung“ hinzufügen. Notwendig ist auch die Darstellung von Worms als attraktiver Kommune bei regionalen und überregionalen Veranstaltungen und Messen

Systematische Bedarfs- und Angebotsplanung: Voraussetzung zur Schaffung eines altersgerechten Wohnangebotes vor Ort ist eine gezielte kommunale Fachplanung auf der Grundlage eines entwickelten Leitbildes für "Wohnen im Alter" und „Junges Wohnen in Worms“. Die Forderung nach speziellen Angeboten für Studierende, junge Familien und gehobene Ansprüche müssen berücksichtigt werden, als Basis für den Wettbewerb um Verbleib und Zuzug von Menschen. Dazu müssen bestehende Angebote und Bedarfe erfasst werden (Aufbau einer Datenbank

mit bestehendem Angebot). Es bedarf kleinräumiger Analysen, der Initiierung einer teilhabenden Fachplanung und vermehrte Beteiligung von BürgerInnen an Planungsprozessen.

Wohnen und Wohnumfeldgestaltung: Gehobenen und geänderten Ansprüchen an das Wohnumfeld könnte zukünftig mit der Schaffung von Kleinmärkten zur Sicherung der Nahversorgung (z. B. mit mobilen Anbietern in Stadtteilen und Wohnquartieren, Markttag in Stadtteilen) Rechnung getragen werden. Darüber hinaus durch Unterstützung und Initiative bei der Schaffung neuer und der Sicherung vorhandener Treffpunkte zur Erhaltung sozialer Kontakte (z. B. Gestaltung neuer Treffpunkte oder auch Umgestaltung von Altentagesstätten in attraktive Generationentreffs mit verschiedenen Angeboten) und durch Realisierung eines Mehrgenerationenhauses. Eine weitere Maßnahme ist die Moderation und Optimierung von Kooperations- und Koordinationsprozessen: Beim Wohnen im Alter ist das synergetische Zusammenwirken von Wohnungswirtschaft, ArchitektInnen, Wohlfahrtspflege, Handwerk, Verbraucherschutzorganisationen und Seniorenselbsthilfegruppen gefragt. Aufgabe der Kommune muss es sein, die Akteure und Akteurinnen zusammen zu bringen und Kooperations- und Koordinationsprozesse zu moderieren. Vernetztes Denken, Planen und Handeln ist erforderlich auch innerhalb der kommunalen Verwaltung. Wichtige Synergieeffekte können auch von einer Kooperation mit anderen Kommunen ausgehen, insbesondere wenn benachbarte Kommunen Wohn- und Versorgungsangebote gemeinsam nutzen wollen.

II.2.6. Arbeit und Wirtschaft

Worms zeigt in seiner Arbeitsplatzentwicklung eine hohe wirtschaftliche Dynamik¹⁷. Die Stadt liegt an 1. Stelle im Vergleich mit den kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz, wenn es um den Arbeitsplatzzuwachs im Verhältnis zu den bestehenden Arbeitsplätzen geht. Schlechter sieht es mit der Erwerbstätigenquote aus. Hier rangiert Worms auf Platz 4 und bei der Frauenerwerbstätigenquote sogar auf Platz 8. Das zurückgehende Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, wird in Zukunft auch dazu führen, dass vermehrt Frauen in qualifizierten Berufen arbeiten werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird also ein wichtiger Aspekt der Wohnortwahl sein.

Der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor gibt einen Hinweis auf den Entwicklungsstand des Strukturwandels der Wirtschaft. Unternehmensorientierte Dienstleister fungieren primär als Träger und Generatoren von Wissen sowie Innovationen und stärken die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kunden. In diesem Sektor liegt Worms noch im hinteren Feld auf Platz 8 mit 6,4% der Beschäftigten¹⁸, obwohl die Entwicklung seit 1998 auch hier eine positive Dynamik bescheinigt.

Die Arbeitslosenquote liegt ein Viertel höher als im Landesdurchschnitt, jedoch ist in den Städten die Arbeitslosigkeit generell höher, so landet Worms hier auf Platz 5. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote der AusländerInnen, Langzeitarbeitslosen und langzeitarbeitslosen AusländerInnen. Lediglich im Bereich Jugendarbeitslosigkeit

¹⁷ Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1998 und 2003: Zuwachs von 4,3%, Quelle: Bundesagentur für Arbeit

¹⁸ Bundesagentur für Arbeit, 30.6.2003

liegt Worms mit einem Wert von 13,8% an 3. Stelle nach Kaiserslautern und Zweibrücken¹⁹.

Die Empfehlungen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Um zukünftigem Arbeitskräftemangel vorzubeugen, muss es Eltern erleichtert werden, am Arbeitsprozess trotz Kindern teilzunehmen. Das erfordert eine Ausweitung der Betreuungsangebote besonders der unter 3 - Jährigen und der Kinder bis 14 Jahren, eine Erhöhung der Ganztagesplätze im Kita-Bereich und im schulischen Bereich, gesicherte Ferienbetreuung während Schließzeiten, flexiblere Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen und Teilzeitangebote auch im Krippenbereich. Es sollten verstärkt betriebliche Kinderbetreuungsangebote gefördert und von Arbeitgeberseite für familiäre Verpflichtungen ein größeres Verständnis aufgebracht werden. Notwendig erscheinen auch spezielle Dienstleistungen für Familien, die ihnen die Betreuung erleichtern (beispielsweise Einrichtung eines Fahrdienstes für Kinder zwischen Kindertagesstätte und Tagespflege, betreute Bolz- und Spielplätze). Das flexible Tagespflegeangebot mit zunehmend zertifizierten Kräften als echte Alternative zur institutionellen Kinderbetreuung sollte noch besser bekannt gemacht werden. Der notwendige qualitative und quantitative Ausbau der Kinderbetreuung wird in die Kindertagesstättenbedarfsplanung mit aufgenommen. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der zuständigen Abteilung wird die Angebote der Tagespflege transparent machen und evtl. erweitern. Zusatzbetreuungen über die Betreuenden Grundschulen könnten Lücken während der Ferienzeiten abdecken.

Mobilisierung in der Altersgruppe der Erwerbsfähigen: Die Auswirkungen des schrumpfenden Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sollen gemildert werden durch Ausgleich von Schwächen im bestehenden Schulsystem durch Arbeitsförderbetrieb, Kompetenzagentur, Beschäftigungsförderung/-er etc. Weitere Maßnahmen wären Initiativen gegenüber dem Gesetzgeber, um Hauptschulen zu stärken in der Vermittlung von Zielen für Verhalten und Leistungsfähigkeit der SchülerInnen, die Kontakte der Stadt (als Träger bei Grund- und Hauptschulen) zur Wirtschaft nutzen, um mehr Betriebspraktika zu ermöglichen, "Best Practice"-Vergleiche dazu zwischen den Hauptschulen fördern, um Anreize zu bieten und „das Rad nicht immer neu zu erfinden“. Darüber hinaus sind die Betreuung von MigrantInnen, die Rekrutierung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden in Kooperation mit der Wirtschaft und Angebote wie das Landesprogramm für ältere ArbeitnehmerInnen von großer Wichtigkeit, um dem zukünftigen Fehlen von qualifizierten Arbeitskräften entgegenzuwirken. Auch die Beratung der Unternehmen über die Folgen des demographischen Wandels mit der Schaffung eines Problembewusstseins ist zu verstetigen (z.B. als PPP-Projekt zwischen Wirtschaftsförderung und Kammern, RKW u.a.: „Was kann/muss ich in meinem Unternehmen tun?“).

¹⁹ Bundesagentur für Arbeit, 30.6.2003, je 5,3% bzw. 7,1% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

II.2.7. Sicherheit

Eine Projektion der künftig möglichen Entwicklung der Zahl polizeilich registrierter Tatverdächtiger auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausschau im Demografiebericht der Stadt Worms kann lediglich aufzeigen, mit welchen Verschiebungen in Umfang und Alterstruktur registrierter Tatverdächtiger alleine aufgrund der demografischen Veränderungen gerechnet werden kann.

Art und Umfang der Kriminalität werden, neben der demografischen Entwicklung, von einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflusst. So wird aller Voraussicht nach das Internet weiterhin als Tatwerkzeug für Pornografie, Prostitution, Gewaltverherrlichung, politischen Extremismus, Betrug, Geldwäsche sowie Erpressungs- und Sabotagedelikte an Bedeutung gewinnen. Insbesondere durch die Internationalisierung auf informatorischen, verkehrsmäßigen, wirtschaftlichen und politischen Gebieten könnte die organisierte Kriminalität eine andere Dimension erhalten. Hinsichtlich des internationalen Terrorismus ist eine Entwicklung nicht abzusehen.

Die Empfehlungen

Kinder, Jugendliche und Heranwachsende: Trotz anzunehmender sinkender Zahlen von Kindern und Jugendlichen sind Maßnahmen besonders in den Brennpunkten notwendig, um den Anstieg von Gewaltdelikten und sonstigen qualifizierten Delikten in diesem Personenkreis zu verhindern und den Anteil an Wiederholungstätern und -täterinnen zu senken. Dies wären die Projektierung „Soziale Stadt“ im Wormser Norden, die Einrichtung einer eigenen Fachkraft für Prävention (Koordination und Durchführung von Projekten, z. B. „Anti-Aggressions-Training“) im Bereich Soziales, Jugend und Wohnen analog des Ingelheimer Modells. Flankierend dazu der weitere Ausbau der bestehenden Programme an Schulen (z. B. Streitschlichtung), eine Intensivierung der Vernetzungsarbeit, die Unterstützung des Programms „Anti-Aggressions-Training an Schulen“ im Vorfeld möglicher Straftaten (Pilotprojekt ist in Planung – hier wäre eine feste Installierung sehr wünschenswert), die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schulen für den Bereich der „Jungen FahrerInnen“ (Konzeption „Drogen im Straßenverkehr“) und für die Jüngsten, Informationen zur Verkehrssicherheit (verkehrssichere Ausrüstung von Schulranzen und Kleidung im Unterricht besprechen, Reflektoren etc.). SchulsozialarbeiterInnen an zumindest allen Hauptschulen werden für notwendig gehalten, ebenso eine Erhöhung der Schulsportstunden, eine Senkung der Klassenmessenzahl und die Finanzierung von Integrations- und Gewaltpräventionsprojekten. Eine Förderung der Elternkompetenz durch verpflichtende Elternkurse (müsste rechtlich abgeklärt werden, Beispiel Berlin), ein Zusammenrücken beteiligter Organisationen nach Vorbild eines „Haus des Jugendrechts“ sind weitere Forderungen. Angebote für Jugendliche, die sich in der Phase der Loslösung von der Familie befinden, sollten gezielt entwickelt werden, um auch Erscheinungen wie Vandalismus vorzubeugen. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise auch die Betreuung von Bolzplätzen.

SeniorInnen: Wahrscheinlich wird sich die Anzahl der ermittelten tatverdächtigen SeniorInnen sowie deren Anteil an den insgesamt ermittelten Tatverdächtigen erhöhen. Maßnahmen zur Schaffung weiterer Freizeitangebote sowie zum „Abholen“

aus der (vielleicht auch nur subjektiv empfundenen) sozialen Isolierung schränken die Motivation zur Begehung von Straftaten ein. In Bezug auf ihre Opfereigenschaft ist mit zunehmendem Bevölkerungsanteil auch ein Anstieg der Viktimisierung dieser Bevölkerungsgruppe zu erwarten. Notwendige Maßnahmen wären die verstärkte Einbindung (z.B. durch Sicherheitsberater für SeniorInnen), Vernetzung/Zusammenarbeit, Hilfe zur Selbsthilfe, Weiterführen/Intensivieren der Zusammenarbeit mit der Ordnungsbehörde, langfristige Einstellung von Personen zur Verstärkung des Servicebereichs (Hilfe beim Einsteigen in öffentliche Verkehrsmittel und ähnliches), insbesondere an Brennpunkten wie Bahnhof, Parks, Fußgängerzonen.

Straßenverkehr: Armut, Bildung, Arbeit, Einkommen und auch Städtebau haben Einfluss auf den Straßenverkehr (Alter, Zustand, Verkehrssicherheit der Fahrzeuge, Kenntnisse der Verkehrsregeln, Verkehrsaufkommen zu Stoßzeiten, Nutzung ÖPNV, Fahrrad und Zunahme des Individualverkehrs). Notwendig für die Zukunft ist der kreuzungsfreie Ausbau der Hauptverkehrsadern, eine kindgerechte Gestaltung der Verkehrsflächen, insbesondere im Bereich von Schulen, Kindergärten und im Innenstadtbereich (auch im Hinblick auf hochbetagte BürgerInnen), die Fortführung der guten Zusammenarbeit der Unfallkommissionen, der Abbau der Kreuzungen zugunsten von Verkehrskreisen.

Ordnungswidrigkeiten: Um Sicherheit und Ordnung in Worms auch künftig zu gewährleisten, sollte die Präsenz des städtischen Kontrolldienstes in der Innenstadt dringend erhalten bleiben und wenn personell möglich auch auf die Stadtteile ausgedehnt werden.

Bundespolizei: Hier würden sich z. B. Präventionsmaßnahmen anbieten, die sich mit dem Thema „Schutz vor Taschendiebstahl“ beschäftigen. Solche Aktionen könnten u.a. in Seniorenheimen, bei öffentlichen Veranstaltungen und insbesondere auch im Bereich des Bahnhofs durchgeführt werden.

II.2.8. Migration

Mit einem Ausländeranteil von 11,3%²⁰ liegt Worms im Städtevergleich Rheinland-Pfalz im oberen Drittel. Zusammen mit einem nicht zu ermittelnden hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass besitzen, bestehen in Worms Integrationsbedarfe nicht nur auf dem sprachlichen Sektor sondern auch in den Institutionen. Bei steigendem MigrantInnenanteil muss zukünftigen Konflikt- und Segregationspotentialen innerhalb der Bevölkerung frühzeitig entgegengewirkt werden. Ein steigender MigrantInnenanteil macht es ebenfalls notwendig, den im Vergleich zum Bevölkerungsanteil überproportionalen Anteil von MigrantInnen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen in der Stadt Worms zu senken oder im Bereich der Ordnungswidrigkeiten wenigstens zu stabilisieren. Darüber hinaus sind aber auch gezielte Maßnahmen notwendig, um gewünschte Zuzüge zu erreichen.

Die Empfehlungen:

²⁰ Quelle: Bereich 1.01, Stand 31.12.2005

Einrichtung eines/r Migrationsbeauftragten: Dies ist notwendig zur Förderung der Integration und Verbesserung des Zusammenlebens aller WormserInnen mit und ohne Migrationshintergrund²¹, zur Koordination der verschiedenen Angebote, zu deren Initiierung und Planung, zur Integration und als zentrale Anlaufstelle für Belange von Menschen mit Migrationshintergrund.

Information und Beratung: Der sogenannte „Diversity-Managementsansatz“ sollte sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch im Bereich der Wirtschaftsförderung verankert sein, so dass z. B. die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund als bereichernd verstanden wird. Die Einrichtung einer festen Stelle zur Koordination des Sprachförderprogramms und dessen finanzielle Unterstützung, zusätzliche Freizeitangebote für Migrantenfamilien, einfach gestaltete Informationsblätter in verschiedenen Sprachen und regelmäßiger schulartübergreifender Informationsaustausch sind weitere Forderungen, ebenso wie ein intensiveres Beratungsangebot an Erstkontaktstellen und interkulturelles Training für die dortigen MitarbeiterInnen. Eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Migrantenorganisationen, Stadtverwaltung und anderen Institutionen muss angestrebt werden. Die konsequente Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, interkulturelle themenspezifische Seminare (z. B. Kriminalprävention) aber auch Fortbildungsangebote für städtische MitarbeiterInnen müssen geschaffen bzw. intensiviert werden, die verbindlich sein sollten. Betreffs der Zunahme älterer MigrantInnen wird das Seniorenbüro über den Ausländerbeirat Informationen weitergeben, in den vorhandenen Kulturzentren werden gerade ältere Menschen mit Migrationshintergrund regelmäßig vor Ort informiert (nach Möglichkeit vierteljährlich).

Planung: Vorgaben für Statistik und Analysen und Beteiligungskommunikation sind Voraussetzung, um über die Entwicklungsplanung in den verschiedenen Bereichen den gewünschten Zuzug zu definieren und zu steuern.

²¹ s. auch Schasse, T.: "Worms und Migration, Bericht und Vorschlag zur Frage: Benötigt Worms eine(n) Migrationsbeauftragte(n)?", Worms, Dezember 2006.

II.3. Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission

Der Enquete-Kommission "Demografischer Wandel in Worms", wurden die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der einzelnen Fachkreise zur Beurteilung vorgestellt. Hier wurden dann im Anschluss Bewertungen abgegeben und die Maßnahmen priorisiert, die nach Meinung der Kommission Vorrang haben sollten. Diese sind in der Reihenfolge der Bewertung hier aufgeführt und werden so dem Stadtrat zur abschließenden Beurteilung vorgelegt.

1. Einrichtung einer Stelle eines Migrationsbeauftragten (16 Punkte)

2. Intensivierung der Schulsozialarbeit auch an Gymnasien und Realschulen (9 Punkte).

2. Ausbau der Volkshochschule als Weiterbildungseinrichtung der Stadt Worms für Maßnahmen der Integration, der „zweiten und dritten Chance“, für „Bildung von Anfang an“ und „lebenslanges Lernen“. (9 Punkte).

2. Einrichtung eines Präventionsbeauftragten bei der Stadt Worms zur Verbesserung der kommunalen Präventionsstrukturen und der Sicherheitsvorsorge (9 Punkte).

3. Kontinuierliche Umsetzung der Stadtentwicklungskonzepte wie Innenstadtkonzept, Verkehrskonzept und Rahmenplanung Rheinufer mit dem Schwerpunkt qualitativer Verbesserungen (8 Punkte).

4. Familienförderung / Förderung von Jugendlichen (13-18 Jahre): Angebote im Freizeitbereich weiter ausbauen, präventives, familienunterstützendes Bildungsangebot im weitesten Sinne des §16 SGBVIII erforderlich, offene Angebote für Jugendliche von 13 – 18 Jahre ausweiten (7 Punkte).

4. Seniorinnen und Senioren / Pflege / Ehrenamtliche Aktivitäten: Prüfung der Versorgung mit dem Grundbedarf, Angebote für alleinstehende ältere Menschen und in diesem Zusammenhang Gemeinschaftsaktionen, öffentliche Veranstaltung zu dem Thema „Prävention vor Pflege“, Förderung des Ehrenamtes und ehrenamtlicher Aktivitäten (7 Punkte).

4. Migration: Regelmäßige Informationen über Angebote vor Ort für ältere Menschen mit Migrationshintergrund, bedarfsorientierte Ausweitung der Angebote Hausaufgabenhilfen, Sprach- und Kommunikationskurse und zusätzliche Freizeitangebote für Familien mit Migrationshintergrund (7 Punkte),

4. Jährliche Publikumsanalysen in allen Institutionen von Kultur, Bildung und Freizeit als Dauereinrichtung mit zentralen Vorgaben und in Kooperation mit worms.de, um daraus resultierende Anpassung der mittelfristigen Ziele an den Publikumsgeschmack zu gewährleisten (7 Punkte).

4. Arbeitsschwerpunkt Kulturelle Bildung (Netzwerkmittel im Haushalt bereitstellen) in Kooperation von Kultur/Bildung und Jugend zur Erlernung von Kulturtechniken zur Integration ins städtische Leben (7 Punkte).

5. Fachkräfte / Arbeitskräfte aktivieren, die Auswirkungen des schrumpfenden Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sollen durch Mobilisierung in dieser Altersgruppe gemildert werden (6 Punkte).

5. Aufbau einer Koordinierungsstelle bzw. eines Netzwerkes durch die Stadt um die notwendige Zusammenarbeit von Wohnungswirtschaft, Architekten, Handwerksbetrieben, Wohlfahrtspflege, Verbraucherschutzorganisationen und Seniorenselfhilfegruppen anzuregen und zu unterstützen (6 Punkte).

6. Systematische Bedarfs- und Angebotsplanung zur Schaffung eines altersgerechten Wohnangebotes (4 Punkte)

6. Attraktivität der Stadt steigern als Basis für den Wettbewerb, um den Verbleib und den Zuzug von Menschen zu gewährleisten (4 Punkte).

6. Vertiefte Untersuchung der Sportstättenproblematik zur Klärung der Fragestellung der Erarbeitung eines Sportstättenleitplanes mit Selbstbindungswirkung und der daraus folgenden Konsequenzen (4 Punkte).

7. Schaffung einer zentralen Informationsstelle über die Möglichkeiten des altersgerechten Wohnungsbaus oder Wohnungsumbaus (3 Punkte).

8. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes mit dem Schwerpunkt Innenentwicklung vor Außenentwicklung nicht nur in der Kernstadt, sondern auch in den Vororten (1 Punkt).

8. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in 4-jährigem Abstand mit den damit verbundenen Komponenten: Einrichtung weiterer Ganztagschulen, Erhalt kleiner Grundschulen, Raumoptimierungs- und Sanierungskonzept für Schulgebäude (1 Punkt).

Dies sind die ersten 18 Maßnahmen. Die Maßnahmen, die darüber hinaus in den Berichten aus den Fachkreisen genannt wurden, sind selbstverständlich ebenfalls notwendig und sollen in den jeweiligen Fachgremien auch als Arbeitsgrundlage verwendet werden. Bei den hier dargestellten Handlungsempfehlungen handelt es sich lediglich um diejenigen, die von der Enquete-Kommission als besonders wichtig präferiert wurden.